

Die Integration religiöser Symbole

Die Kopftuch-Debatte hat gezeigt:
Ein gesellschaftlicher Konsens liegt noch in weiter Ferne



RIEM SPIELHAUS, geb. 1974, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Islamwissenschaften des nichtarabischen Raumes der Humboldt-Universität zu Berlin. Zudem ist sie in der Muslimischen Akademie in Deutschland aktiv.

Riem Spielhaus | **Wenn Integration ernst gemeint ist, muss auch nichtchristliche Religiosität sichtbar sein können, ohne als Bedrohung empfunden zu werden. Der Umgang mit islamischen Symbolen ist von Vorurteilen geprägt, die es vor allem muslimischen Frauen erschweren, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Es gibt noch viel zu tun für die Deutsche Islamkonferenz.**

Um die beiden Symbole Kopftuch und Minarett sind in den vergangenen Jahren Konflikte entstanden, die den hohen gesellschaftlichen Bedarf an Diskussionen über die Anerkennung des Islams und die Integration von Muslimen in Deutschland zeigen. Mit dieser Sichtbarkeit bisher nicht in Deutschland beheimateter Religionsgemeinschaften findet das Thema Religion erneut Eingang in Debatten um Gesellschaftsbereiche, die formal eigentlich nicht mehr von den christlichen Kirchen beeinflusst werden. Während Moscheebaukonflikte bisher eher kleinstädtische Phänomene zu sein schienen, haben sie nun auch in den drei Großstädten München, Köln und Berlin zu emotionalen Debatten geführt.

Diese Konflikte bewegen so viele Menschen und machen Schlagzeilen, weil sie auf der symbolischen Ebene die gesellschaftlichen Veränderungen nachvollziehen, die bisher öffentlich nicht ausreichend thematisiert wurden. Der Moscheebau vor Ort bietet einen Anlass, gesellschaftliche Auswirkungen von Zuwanderung, sich daraus ergebende allgemeine Probleme und Ängste anzusprechen und sich mit dem Zusammenleben von Angehörigen unterschiedlicher Religionsgruppen und Weltanschauungen in Deutschland zu befassen. Diese Konflikte beinhalten damit eine Chance, versäumte Diskussionen endlich aufzunehmen und den Bedarf von Bürgerinnen und Bürgern, bei der Gestaltung ihrer Umgebung mitzuwirken, aufzugreifen. Viele Fragen können von den Moscheevereinen vor Ort nicht beantwortet werden, sondern erfordern eine breite gesellschaftliche Diskussion. Die Deutsche Islamkonferenz (DIK) wurde des-

halb zur Chefsache erklärt. Ziel dieses Forums ist die Aushandlung eines gesellschaftlichen Konsenses, und dieser Prozess verspricht schwierig zu werden.

In einem Aufsatz von 1998 stellte der Stadtanthropologe Peter Niedermüller fest, dass soziale Unterschiede und Ungleichheiten in der Terminologie kultureller und ethnischer Differenzen thematisiert und diskutiert werden.¹ Zehn Jahre später hat sich eine religiöse Terminologie um die Aushandlung migrationsrelevanter Themen gegen die vormals ethnische Terminologie durchgesetzt. Um wahrgenommen zu werden, betonten Zugewanderte in den neunziger Jahren ihre ethnische Herkunft; heute wird jedoch eher eingeladen, wer einen Religionsbezug geltend macht. Dass ein Vertreter der Türkischen Gemeinde bekannt gibt, einen Fatwa-Rat und damit ein explizit theologisches Gremium gründen zu wollen, wurde von einigen Kommentatoren als ebenso inkonsistent bewertet wie die Forderung des im Februar 2007 gegründeten Zentralrats der Ex-Muslime nach Beteiligung an der Islamkonferenz. Dennoch scheint für die DIK wie für den Integrationsgipfel zu gelten, was Niedermüller zu sozialen Repräsentationsstrategien schrieb: dass nämlich die dominanten Gruppen die Bühnen und Formen der Selbst- und Fremdrepräsentation definieren. „Die anderen, machtlosen sozialen Gruppen [...] haben keine andere Wahl, als diesen Raum zu akzeptieren und in ihm immer wieder neue Repräsentationsformen und -strategien zu suchen, um in eben diesem Raum der Repräsentationen Veränderungen hervorzurufen und dadurch ihre soziale und politische Position zu verbessern.“

Dominante Gruppen bestimmen die Regeln im Aushandlungsprozess um Anerkennung.

Für entlang ethnischer Linien organisierte Vereine wie den Türkischen Bund, der seit Jahrzehnten Integrationsarbeit vor allem für türkischstämmige Jugendliche leistet, ist die neue Ausrichtung der Debatte eine große Herausforderung. Stellen sie sich nicht auf die neue, explizit religiöse Terminologie des Diskurses ein, laufen sie Gefahr, keinen Platz am Verhandlungstisch, derzeit versinnbildlicht durch die Deutsche Islamkonferenz, zu erhalten. Gerade „säkulare“ ethnische Vereine argumentierten lange Zeit gegen die Einbeziehung von entlang religiöser Leitlinien organisierten Vereinen und gegen religiöse Bezüge in Integrationsmaßnahmen. Der Zentralrat der Ex-Muslime zeigt eine weitere Akteursgruppe, die sich gegen eine religiöse Terminologisierung ausspricht. Die Debatte um Zugewanderte und ihre Probleme sei auf religiöse Aspekte verengt, wobei andere Ursachen für Probleme übersehen würden, schrieben die Gründer des neuen Zentralrats im Dezember 2006 in einem Brief an die Bundeskanzlerin und den Bundesinnenminister. Zugewanderte würden „nach Nationalität und Religion sortiert und sogar in der dritten Generation der hier Geborenen immer noch zu Fremden erklärt“.

Im Zusammenhang mit Diskussionen um den Islam in Europa wurde die Religionszugehörigkeit in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Unterscheidungsmerkmal, das andere Kategorien wie Bildungsstand, Berufsgruppe, Alter oder selbst Parteizugehörigkeit auszustechen scheint. Der Religionszuge-

¹ Peter Niedermüller: Stadt, Kultur(en) und Macht. Zu einigen Aspekten „spätmoderner“ Stadtethnologie, *Österreichische Zeitschrift für Volkskunde*, Bd. LII/101, 1998, S. 279–301.

hörigkeit wird heute eine wachsende Bedeutung bei der Bestimmung der Wertvorstellungen von Menschen zugemessen. Hieraus ergibt sich die schwierige Frage, wie wichtig religiöse Identitäten in der deutschen Gesellschaft in Zukunft sein werden – wird doch immer häufiger genau daran gemessen, wer dazu gehört und wer nicht.

Islamische Verbände betonen bewusst die religiösen Bezüge. Einerseits bieten diese das Mobilisierungspotenzial für Mitglieder und Spender, andererseits erhöhen sie ihre Bedeutung im politischen Diskurs. Die Kopftuchdebatte je-

Die Kopftuchdebatte führte zu stärkerer Ausgrenzung von Musliminnen.

doch hat vielen Musliminnen gezeigt, dass sich die Betonung der Religionszugehörigkeit nicht immer positiv auswirkt. Das Resümee von Kopftuchträgerinnen über den Verlauf und die Auswirkungen des Rechtsstreits um das Kopftuch einer baden-württembergischen Lehramtsanwär-

terin fällt eher negativ aus. Der Gang durch die rechtlichen Instanzen habe für sie vor allem Nachteile gebracht, stellen einige von ihnen ernüchert fest. Anstatt der erhofften Normalität habe dieser Prozess zu weiterer Ausgrenzung von Kopftuchträgerinnen auf dem Arbeitsmarkt geführt, und das nicht nur im öffentlichen Dienst.

Das Bundesverfassungsgericht hatte entschieden, dass Bundesländer Gesetze zum Verbot religiöser Symbole an staatlichen Schulen erlassen könnten. Die neuen Regelungen betreffen heute vor allem die wenigen im Schuldienst stehenden Lehrerinnen. In den kommenden Jahren werden sie, da es mehr Lehramtsstudentinnen der zweiten Einwanderergeneration gibt, ihre volle Wirkung entfalten. Bereits während der Diskussionen um die Gesetzesänderungen wurden Mutmaßungen über Nebeneffekte einer Verbannung von Kopftüchern aus den Lehrerzimmern angestellt. Dabei wurden eine wachsende Frustration muslimischer Studentinnen und Schülerinnen, die Gründung islamischer Privatschulen und eine Tendenz hin zu muslimischen Parallelstrukturen vorhergesagt. Die befürchteten Folgen der Gesetze sind derzeit jedoch kaum messbar.

Mit der Diskussion um das Kopftuch war die Situation muslimischer Frauen in Deutschland ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Im Kampf um Zugehörigkeit und Ablehnung wird es als Symbol der Unterdrückung von Musliminnen gedeutet. Dennoch gibt es Musliminnen mit Kopftuch, die sich bemühen, innerhalb islamischer Gemeinden und vor allem unter den muslimischen Männern in Führungspositionen einen Umdenkprozess bezüglich häuslicher Gewalt und der Position von Frauen in ihren Gemeinschaften anzuregen. Mit farbigen Seidentüchern oder Baumwollstoffen zeigen sie ihre Zugehörigkeit zu den Muslimen; sie sind nicht bereit, Unzulänglichkeiten in den eigenen Reihen zu ignorieren, aber sie wollen das Kopftuch, das sie als Glaubenspflicht oder inneres Bedürfnis ansehen, nicht aufgrund äußeren Druckes ablegen. Da sie die Spielregeln beider Seiten, denen sie sich gleichwohl zugehörig fühlen, kritisieren oder gar missachten, geraten sie in eine Sandwichposition, in der kaum Partnerschaften oder Allianzen möglich scheinen. Von den einen als Netzbeschmutzerinnen, von den anderen als Islamistinnen verdächtigt, versuchen sie, eigene Wege des Empowerment zu finden.

Die Thematisierung von Musliminnen als Opfer von Unterdrückung und häuslicher Gewalt im öffentlichen Diskurs sehen die Vertreterinnen muslimischer Fraueninitiativen bestenfalls als lästig an. Jedoch nicht, weil sie diese Themen am liebsten unter den Tisch kehren würden, sondern weil sie das Gefühl haben, muslimische Frauen würden so im Opferstatus festgeschrieben und als Fremde stereotypisiert. Denn Unterstützung für praktizierende Musliminnen im Kampf gegen häusliche Gewalt und im Beistand für hilfsbedürftige Familien hat die Debatte um Ehrenmorde und Zwangsheiraten kaum gebracht.

Das Kopftuch betont die religiöse Andersartigkeit der Trägerin, es schafft Gruppenidentitäten. Gleichzeitig wünschen sich Musliminnen, dass diese Sichtbarkeit keine negativen Effekte auf den Umgang mit ihnen hat. Dass sie nicht nur als Kopftuchträgerinnen, sondern als ganze Menschen wahrgenommen werden, ohne dass eine Gruppenzugehörigkeit zur ausschlaggebenden erhoben und andere dabei vernachlässigt werden. Doch wie beim Moscheebau wird in der öffentlichen Debatte die Frage aufgeworfen, ob nicht gerade der sichtbare Unterschied zu einer Segregation der Gesellschaft führt und damit der Integration im Wege steht.

Segregation oder Binnenintegration?

Die Sorge um Segregationsprozesse ist allgegenwärtig. Vor 25 Jahren wies der Ethnologe Georg Elwert in einem bemerkenswerten Artikel darauf hin, dass Gemeinschaftsbildungen nicht in jedem Fall integrationshemmend wirken müssen.² Er beschrieb die Rolle von ethnischen Gemeinschaften und gebrauchte dabei das aus den USA stammende Modell der Binnenintegration. Es geht davon aus, dass Zugewanderte unter bestimmten Bedingungen vom Alltagswissen einer eigenen Gruppe profitieren können, in die eine Eingliederung aufgrund der sprachlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten, gegenseitiger Anerkennung und Solidarität zunächst leichter und schneller erfolgt und die wiederum Zugang zu einem Teil gesellschaftlicher Güter vermittelt. Diejenigen mit Integrationserfahrungen und -erfolgen übernehmen die Rolle der Vermittler ihres selbst erworbenen Alltagswissens. Sie können gesellschaftliche Regeln besser erklären als Alteingesessene, die sich der Regeln, denen sie folgen, häufig kaum bewusst sind. Die Binnenintegration kann zudem zur Bildung interner Kohäsion führen. Korporatives Auftreten im politischen Kräftefeld ist die Voraussetzung für die Teilhabe an gesellschaftlichen Gütern. In den USA beispielsweise erklären Repräsentanten ethnischer Communities diesen Zusammenhang wie folgt: Gleiches Recht für alle Individuen ist durch die Verfassung garantiert, einfordern müssen es jedoch die Bürger, und wenn sie sich zusammenschließen, entlang welcher Kriterien auch immer, wird dies Erfolg versprechender. Georg Elwert nannte drei Bedingungen für ein Gelingen gesellschaftlicher Integration durch Binnenintegration, die in der heutigen Debatte wieder auftauchen:

Ethnische und religiöse Gemeinschaften können integrative Aufgaben übernehmen.

² Georg Elwert: Probleme der Ausländerintegration. Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 34, 1982, S. 717–731.

1. Das Gewaltmonopol liegt beim Staat, und die Gewähr gewaltfreier Räume für Migrantengemeinschaften darf nicht in Frage gestellt werden, da dies zu konkurrierenden Normensystemen führen würde.
2. Innerhalb der Gemeinschaften werden keine Individuen isoliert, denn der Ausschluss einiger Glieder von der gesellschaftlichen Kommunikation verhindert die Vermittlung von Alltagswissen.
3. Die Gemeinschaft muss ein lernfähiges System bleiben, das Vorurteile korrigiert und keine Aus- bzw. Abgrenzungsmythen über die Gesellschaft vermittelt.

Nicht Angst vor Terror,
sondern Eigeninteresse
muss den Dialog mit den
Muslimen begründen.

Elwert bietet uns ein Modell, das die bewusste Nutzung der Vorteile von Vergemeinschaftungsformen Zugewanderter bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Einschränkungen ermöglicht. Einen Punkt spricht er jedoch nicht an, der in Debatten über Muslime in Europa wichtig ist: Neue gesellschaftliche Gruppen werden häufig als Gefahr gesehen, da sie noch nicht bewiesen haben, ob ihre Loyalität eher der gesamten Gesellschaft, ihrer eigenen Gruppe oder gar einer außerhalb des staatlichen Territoriums befindlichen Kraft gilt.

Sicherheitspolitik dominiert den Diskurs

Im Dialog mit dem Islam dominiert der sicherheitspolitische Blick. Häufig werden Bemühungen um die Kommunikation mit Muslimen mit den Folgen terroristischer Anschläge begründet. Die muslimische Gemeinschaft müsse einbezogen werden, da sonst die Gefahr der Radikalisierung bestehe. Zum einen ist hieran problematisch, dass Muslimen damit die Verantwortung für die Sicherheit der Gesellschaft aufgebürdet wird. Zum anderen werden Ausgrenzung und Diskriminierung so erst dann als Problem erkannt, wenn sie die Ursache für eine Gefährdung der Sicherheit sein könnten. Die Hoffnung, dass Dialoge oder – was mit sehr viel mehr Anstrengungen verbunden ist – die Besserung von Lebenssituation und Zukunftsaussichten junger Muslime terroristische Aktivitäten verhindern können, erscheint mir trügerisch. Sicherlich gibt es Verbindungen zwischen Ausgrenzungserfahrungen und Radikalisierungsprozessen. Dialoge und ideale Partizipationsmöglichkeiten können jedoch ebenso wenig wie restriktive Maßnahmen allein Schutz vor extremistischen Ideen garantieren.

Die Notwendigkeit zur konstruktiven Kommunikation mit Musliminnen und Muslimen erwächst nicht oder zumindest nicht allein aus der Gefährdung durch einen sich auf den Islam beziehenden Terrorismus. Eine demokratische Gesellschaft hat ein zwingendes Interesse daran, dass alle Bürgerinnen und Bürger an ihr teilhaben und an den sie betreffenden Entscheidungsprozessen mitwirken können. Einer solchen Gesellschaft muss es um ihrer selbst willen wichtig sein, gerade benachteiligte Gruppen einzubeziehen und auf eine Angleichung ihrer Chancen hinzuwirken, auch und gerade, wenn diese keine Gefahr für die Sicherheit darstellen.